

Beschluss: Mut zum Neuanfang

(vorbehaltlich der Überprüfung des Wortprotokolls)

Die Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 hat eines gezeigt: Wir brauchen Mut zum Neuanfang – das gilt für uns Freie Demokraten nach unserer Wahlniederlage, aber das gilt genauso für unser Land. Deutschland hat eine (ehemals) Große Koalition der Mutlosigkeit bekommen, die sich vor schwierigen Entscheidungen drückt, Probleme mit geliehenem Geld zuschüttet und den Reformstau weiter anwachsen lassen wird. Im Großen und Ganzen soll alles so weitergehen wie bisher. Doch die geopolitischen Spannungen, die tiefe wirtschaftliche Krise wie auch die Konflikte innerhalb unserer Gesellschaft zeigen deutlich, dass mehr Mut nötig wäre.

Wir Freie Demokraten dagegen stehen für den Mut zur Modernität – als Partei, aber auch für unser Land. Wir sind nach der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 die einzige Oppositionskraft der liberalen Mitte in Deutschland. Wir wollen wieder die modernste Partei Deutschlands sein und sind entschlossen, auch als außerparlamentarische Opposition mutige Impulse für unsere Gesellschaft zu setzen.

CDU und CSU haben die Wahl mit dem Versprechen eines Politikwechsels gewonnen. Dass dieser nun ausbleibt, wird von vielen Beobachtern als erwartbar abgetan. Denn viele Menschen trauen den Parteien der Mitte nicht mehr ernsthaft zu, das Land zu reformieren. Der deutschen Politik ist der Mut zur Veränderung abhandengekommen. Statt einer Staatsreform bekommt Deutschland ein zusätzliches Ministerium.

Ergebnis ist das beunruhigende Erstarken der Kollektivisten beider politischer Ränder, die am 23. Februar erstmals mehr als ein Drittel der Bundestagsmandate gewonnen haben. Die Mutlosigkeit und die Wortbrüche der Koalitionäre von Union und SPD haben den rechten und linken Extremisten seither noch mehr Auftrieb gegeben. Das Scheitern Friedrich Merz' im ersten Durchgang der Kanzlerwahl bestätigt die gegenwärtige Krise der politischen Mitte.

Die liberale Demokratie, also die Verbindung aus Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft, steht weltweit unter großem Druck. Auch in etablierten Demokratien identifizieren sich immer weniger Bürgerinnen und Bürger mit der liberalen Demokratie und ihren Institutionen. Das Vertrauen in Parlament und Regierung, aber auch in Einrichtungen wie Justiz, Wissenschaft und Journalismus nimmt immer weiter ab. Funktionierende Institutionen, die von der Bevölkerung akzeptiert werden, schützen aber die Freiheit des Einzelnen vor Willkür und dem Recht des Stärkeren. Deswegen steht die FDP als die liberale Partei in Deutschland unmissverständlich auf der Seite der liberalen Demokratie und ihrer Institutionen. Sie tritt dem globalen Trend zum Abbau der liberalen Demokratie deutlich entgegen.

Wir müssen den Mut aufbringen, uns für neue Ideen zu öffnen, auch wir als Freie Demokraten. Ziel muss ein moderneres, wohlhabenderes und freieres Deutschland sein. Wir übernehmen mit Verantwortung dafür, dass die extremen politischen Ränder bei der nächsten Wahl nicht weiter anwachsen. Jetzt brauchen wir den Mut zum Neuanfang für unser Land, nicht erst in vier Jahren.

Insbesondere bei den folgenden Themen sind die bisherigen Pläne der schwarz-roten Koalition zu zaghaft und mutlos, hier bieten wir Freie Demokraten den Bürgerinnen und Bürgern unsere Ideen und Konzepte für ein modernes Land an:

I. Frei leben

Wir sind eine freie Gesellschaft, in der sich jeder und jede nach eigenen Vorstellungen im Rahmen umfassender Handlungsfreiheit selbst verwirklichen kann. Doch der Staat muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen.

(1) Verteidigungsfähigkeit

Grundlegende Voraussetzung für ein Leben in Freiheit ist, dass Deutschland ein wehrhaftes Land und im Ernstfall verteidigungsbereit gegenüber aggressiven ausländischen Mächten ist. Gegenwärtig wird unsere Sicherheit durch Putins Russland und dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine bedroht. Wir müssen die militärischen und wirtschaftlichen Fähigkeiten haben, die Bundeswehr umfassend zu stärken, die Ukraine weiter entschlossen zu unterstützen und unsere Verantwortung innerhalb der NATO sowie der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu erfüllen. Wir Freie Demokraten wollen die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Streitkraft in Europa machen. Deshalb haben wir Freie Demokraten einen Verteidigungsfonds für Deutschland neben der Schuldenbremse vorgeschlagen.

(2) Deregulierung, Bürokratieabbau und Staatsmodernisierung

Zahllose bürokratische Vorschriften machen es den Menschen in Deutschland unmöglich, ihr Potential zu entfalten. Aktuell enthalten allein die Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene fast 100.000 Rechtsnormen. Diese überbordende Bürokratie kostet Deutschland jährlich bis zu 146 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung. Was nicht direkt messbar ist: Ein überregulierender Staat bremst die Eigeninitiative und nimmt den Menschen die Freude am Gestalten.

Zudem hat die Regulierungsflut in den vergangenen Jahren zu einem Aufwuchs des öffentlichen Dienstes geführt, da jede Regel verwaltet, kontrolliert und novelliert werden will. Das hat nicht nur zu steigenden Personalkosten geführt, sondern vor allem auch den Fachkräftemangel der Wirtschaft verschärft.

Dies betrifft auch die Bundesministerien. Hier hätte es die Zusammenführung der Bundesministerien für Wirtschaft und Energie sowie Arbeit und Soziales, sowie des Entwicklungsministerium mit dem Auswärtigen Amt gebraucht. Auch den sogenannten nachgeordneten Bereich der Ministerien müssen wir in den Blick nehmen. Die Zahl der Behörden und Einrichtungen muss spürbar reduziert werden. Es braucht eine Verschlinkung der gesamten Behördenlandschaft.

Der Staat muss endlich so unkompliziert funktionieren wie eine Banking-App. Moderne, erfolgreiche FinTech-Start-ups gründen allerdings nicht zuerst eine teure bürokratische Verwaltungsmaschinerie, bevor sie ihre Banking-App auf den Markt bringen.

(3) Wohnen als soziale Frage

Nur wenn überall im Land angemessene und bezahlbare Wohnungen verfügbar sind, können sich die Menschen frei entfalten und ihre beruflichen Ziele verfolgen – denn geographische Mobilität ist in vielen Fällen Voraussetzung sozialer Mobilität, das Aufstiegsversprechen unserer Gesellschaft darf nicht schon am mangelnden Wohnraum enden.

Die Knappheit an erschwinglichem Wohnraum gerade in Ballungsräumen ist für viele Familien ein großes Problem. Viele sehen sich auch mit durchschnittlichen oder sogar überdurchschnittlichen Einkommen inzwischen kaum mehr in der Lage, ein praktisch gelegenes, wunschgemäßes Zuhause für ihre Familie zu finden.

Deshalb wollen wir die Ursache des zu geringen Wohnungsbaus angehen: Bauen ist schlicht zu teuer.

Deshalb ist das Rezept für mehr und günstigere Wohnungen und Eigenheime: Bauvorschriften und -normen massiv auf das notwendige Maß reduzieren, effizienter marktwirtschaftlicher Klimaschutz durch Emissionshandel anstelle kleinteiliger staatlicher Vorgaben, Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum. Wenn wir die Baukosten und Baunebenkosten auf diese Weise senken, gehen die Mieten von allein zurück – ganz ohne Mietpreislösung. Und vor allem finden auch Durchschnittsverdiener in Ballungsräumen wieder eine Wohnung ohne ewiges Pendeln.

II. Frei reden

(1) Meinungsfreiheit garantieren

Das Grundrecht der Meinungsfreiheit ist Kernbestandteil individueller Freiheit und Voraussetzung einer lebendigen Demokratie. Wenn eine Mehrheit der Deutschen den Eindruck gewonnen hat, man könne seine Meinung nicht mehr frei äußern, ist das ein bedrückendes Warnsignal. Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass eine lebendige Demokratie offene, respektvolle und aktive Debatten braucht. Wir sind auch der Überzeugung, dass Widerspruch anderer Bürgerinnen und Bürger zum offenen Meinungsdiskurs gehört. Der Staat soll sich im öffentlichen Meinungskampf zurückhalten. Wir müssen der Gefahr entgegenwirken, dass Bürgerinnen und Bürger den Eindruck erhalten, eingeschüchtert zu werden, insbesondere durch Organisationen, die staatlich finanziert werden.

Auch digitale Plattformen haben eine eigene Verantwortung, wenn es um den Schutz der Meinungsfreiheit geht. Die im Rahmen des Digital Services Act eingeführten Sorgfaltspflichten für Plattformen dürfen nicht dazu führen, dass die Meinungsfreiheit beeinträchtigt wird oder dass Private statt staatlicher Gerichte über die Grenzen der Meinungsfreiheit entscheiden.

Ob untersagte Demonstrationen und Gottesdienste oder die pauschale Schließung von Betrieben und Bildungseinrichtungen – während der Corona-Pandemie hat sich eine allgemeine Geringschätzung der Grundrechte ausgebreitet. Deshalb ist es unzureichend, wie von CDU, CSU und SPD geplant, nur eine Enquete-Kommission zur Corona-Aufarbeitung einzusetzen. Wir Freie Demokraten fordern deshalb einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss für echte Aufklärung und kritische Aufarbeitung.

(2) Privatsphäre schützen

Die unbefangene Ausübung der Meinungsfreiheit setzt den Schutz der Privatsphäre auch in der digitalen Welt voraus. Dazu gehört für uns Freie Demokraten ein Recht auf Verschlüsselung, damit private Kommunikation privat bleibt. Wir lehnen Netzsperrungen, Chatkontrollen, Uploadfilter, die Vorratsdatenspeicherung und andere Formen der anlasslosen Datenerfassung ab. Mit unserem Quick-Freeze-Modell können stattdessen im Verdachtsfall bestimmte Daten auf richterliche Anordnung gesichert werden.

(3) Ein moderner und schlanker öffentlich-rechtlicher Rundfunk

In der Bevölkerung entsteht zunehmend der Eindruck, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) mehr Meinungsvielfalt benötigt und die sachliche Berichterstattung mehr Raum einnehmen muss. Wir setzen uns deshalb für einen schlanken öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein, der sich auf seine Kernaufgaben – Nachrichten, Information und Bildung – beschränkt. Durch eine Reduzierung der Senderzahl, der Sportübertragungsrechte und Unterhaltungsangebote, sowie den Abbau von Doppelstrukturen wollen wir den Rundfunkbeitrag senken. Junge Menschen in Ausbildung wollen wir vom Rundfunkbeitrag befreien. Zu den Kernaufgaben des ÖRR gehört hingegen ein Fokus auf einen

dauerhaften Nachrichtensender und Berichterstattung aus Krisen- und Kriegsregionen. Weil alle in Deutschland lebenden Menschen für eine krisenfeste und informierte Gesellschaft erreicht werden müssen, fordern wir fremdsprachige Angebote auch im Inland.

III. Frei wirtschaften

Wirtschaftliche Freiheit als Teil individueller Freiheit war immer schon Teil unserer DNA als Freie Demokraten. Denn dabei geht es nicht um volkswirtschaftliche Kennziffern, sondern um die Lebenschancen von Millionen Menschen.

Wenn Unternehmer Erfolg haben, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen, profitieren wir alle davon. Zudem führt wirtschaftliche Stärke zu geopolitischer Bedeutung, sie ermöglicht uns ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Wohlstand.

Doch heute ist die wirtschaftliche Freiheit in Deutschland stärker bedroht als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit den Jahren des Wirtschaftswunders. Das Wohlstandsversprechen ist in akuter Gefahr. Die Voraussetzung seiner Erneuerung sind mutige Reformen. Nur so können wir die Zweifel an unserer Demokratie zerstreuen und die Populisten an den politischen Rändern zurückdrängen.

(1) Neustart der Energiewende

Nach 25 Jahren Energiewende liegt Deutschland in Europa an der Spitze – allerdings nur bei der Höhe des Strompreises von rund 40 Cent pro Kilowattstunde. Gleichzeitig wird eine umfassende und unrealistische Elektrifizierung von Heizungen und Autos angestrebt und somit das tägliche Leben in immer mehr Bereichen verteuert. Völlig zurecht sind viele Bürgerinnen und Bürger nicht bereit, immer höhere Lebenshaltungskosten zu akzeptieren und ihren Wohlstand dahinschwinden zu sehen für ein unausgeglichenes Konzept einer Energiewende ohne Kernkraft, das nirgends auf der Welt Nachahmer findet.

Ein immer stärkerer Ausbau der Stromnetze allein kann die großen Schwankungen der Stromerzeugung aus Wind und Sonne nicht kompensieren, sondern führt jetzt schon zu erheblichen Steigerungen der Netzentgelte, die den Strom für alle Abnehmer immer weiter verteuern. Ohne ein Energiekonzept, das auch bei Erzeugern und Verbrauchern marktwirtschaftliche Anreize setzt, das Netz weniger zu belasten, damit der Netzausbau auf das notwendige Maß begrenzt werden kann, wird die Dynamik immer höherer Strompreise nicht gestoppt werden können.

Wir Freie Demokraten wollen alle ideologischen Vorbehalte gegenüber modernen Technologien wie der Kernfusion und sicheren Kernkraftwerken der neuen Generation überwinden. Zahlreiche Länder auf der Welt steigen gerade wieder in die Kernenergie ein oder bauen zusätzliche Kraftwerke nach neuesten Standards.

Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz sind auf große Mengen günstiger, zuverlässiger Energie angewiesen. Wir brauchen künftig viel mehr, nicht weniger Energie. Deshalb setzen wir zusätzlich auf heimische Schiefergasförderung, die vollständige Marktintegration der Erneuerbaren Energien zur Hebung von Effizienzreserven und den Abbau regulatorischer Hürden beim Netzausbau. Eine realistische und kosteneffiziente Energiewende sollte zudem das EU-Ziel für die Klimaneutralität von 2050 anstreben und Angela Merkels Sonderweg des Zieljahrs 2045 verlassen.

(2) Einfach, niedrig und gerecht – der zeitlos richtige Maßstab für ein Steuersystem

Wir Freie Demokraten wollen das deutsche Steuersystem leistungsgerechter ausgestalten, damit die Bürgerinnen und Bürger deutlich mehr Netto vom Brutto haben und der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb profitiert. Zwei Jahrzehnte nach unserem großen Steuerreformkonzept mit der Zieltrias „einfach, niedrig und gerecht“ halten wir Freie Demokraten weiterhin an unserer Überzeugung fest, dass die Menschen in Deutschland ein deutlich verständlicheres, leistungsgerechteres und faireres Steuersystem verdient haben.

Dazu wollen wir den Einkommensteuertarif zu einem flacher verlaufenden Chancentarif weiterentwickeln, mit mehr Aufstiegschancen, Lohngerechtigkeit und einem deutlich später einsetzenden Spitzensteuersatz. Der Solidaritätszuschlag muss 35 Jahre nach der Wiedervereinigung endlich entfallen. Dadurch entlasten wir insbesondere unseren Mittelstand. Die Unternehmensbesteuerung muss dringend auf unter 25 Prozent sinken und das deutsche Steuerrecht drastisch vereinfacht werden, wie es das FDP-geführte Bundesfinanzministerium angestoßen hatte.

(3) Generationengerechte Staatsfinanzen

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen – plus Zinsen. Verschuldung ist daher keine seriöse Einnahmequelle, sie kann lediglich in besonderen Notlagen kurzfristig genutzt werden, um sprunghafte Steuererhöhungen zu vermeiden. Deshalb haben wir Freie Demokraten die Schuldenbremse des Grundgesetzes in der Ampel-Koalition Tag für Tag gegen Angriffe der Koalitionspartner verteidigt und zudem in Brüssel eine stabilitätsorientierte Reform der EU-Fiskalregeln durchgesetzt.

(4) Langfristig leistungsfähige soziale Sicherungssysteme

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf den deutschen Sozialstaat verlassen können. Doch das Vertrauen etwa in die Sicherheit der Rente sinkt. Denn die Menschen wissen, dass der demographische Wandel dazu führt, dass immer weniger Erwerbsfähige die Rente für immer mehr Senioren aufbringen müssen.

Deshalb treten wir Freie Demokraten weiterhin klar für eine Systemumstellung auf eine Teilkapitaldeckung durch eine gesetzliche Aktienrente ein. Die Rendite einer breit diversifizierten Anlage an den globalen Kapitalmärkten ist das wirksamste und zuverlässigste Mittel, die gesetzliche Rentenversicherung zu stabilisieren und langfristig zukunftsfest zu machen.

(5) Keine politischen Eingriffe beim Mindestlohn – Rückkehr zur leistungsorientierten Lohnpolitik

Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Die Tarifparteien wissen am besten, welcher Lohn den Gegebenheiten am Arbeitsmarkt entspricht und welche Höhe der gesetzliche Mindestlohn als Untergrenze haben darf, ohne Betriebe und damit Arbeitsplätze zu gefährden.

Politisch motivierte Eingriffe durch Parteien in die Aufgabe der unabhängigen Mindestlohnkommission dürfen sich nicht wiederholen. Sprunghafte Erhöhungen des Mindestlohnes durch politische Einmischungen gefährden viele Betriebe in Deutschland, untergraben bestehende betriebliche und tarifliche Vereinbarungen und drohen die Inflation anzuzukühlen.

(6) Fachkräftemangel eindämmen

Unser Land braucht mehr Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Deshalb setzen wir Freie Demokraten uns für eine vereinfachte und unbürokratischere Fachkräftezuwanderung ein. Wir wollen die Europäische „Blue

Card“ für mehr nicht-akademische Fachkräfte öffnen und die unpraktikablen Verdienstuntergrenzen abschaffen. Für die Absolventen der weltweit besten 200 Universitäten wollen wir sogar nach niederländischem Vorbild ein pauschales, einjähriges Orientierungsvisum inklusive bedingungsloser Arbeitserlaubnis einführen. Wir wollen eine einheitliche behördliche Zuständigkeit für Einwanderung in den Arbeitsmarkt schaffen. Es braucht auf allen staatlichen Ebenen einen Paradigmenwechsel, damit Fachkräfte aus dem Ausland nicht an unklaren Zuständigkeiten, analogen Prozessen und überlangen Verfahrensdauern scheitern. Visaverfahren müssen deutlich beschleunigt und digitalisiert werden. Wir wollen erreichen, dass Menschen, die regulär in den deutschen Arbeitsmarkt einwandern, künftig nur noch mit einer staatlichen Stelle zu tun haben, angefangen vom Antrag auf ein Visum bis hin zur Anerkennung beruflicher Abschlüsse. Dazu gehört auch, dass die Zuverlässigkeit von Arbeitgebern in Visaverfahren nicht mehrfach geprüft wird. Zudem muss die Zeitarbeit für eingewanderte Arbeitskräfte umfassend erlaubt werden. Englisch wollen wir als zweite Verwaltungssprache etablieren.

IV. Erarbeiten wir uns den Optimismus zurück

Wenn Optimismus auf Mut mit guten Erfolgsaussichten basiert, müssen wir uns unseren Optimismus neu erarbeiten. Das gilt für die FDP genauso wie für die deutsche Gesellschaft: Schaffen wir die Voraussetzungen dafür, wieder erfolgreich zu sein, sind wir mit guten Gründen wieder optimistisch. Eine verzagte Gesellschaft, die das Vertrauen in ihre Zukunftsfähigkeit verloren hat, wirkt nicht attraktiv und einladend. Doch es wäre falsch, einfach eine bessere Stimmung im Land zu fordern, solange die Politik nicht die Fesseln löst, die so viele Leistungsbereite in Deutschland zurückhalten.

Glaubwürdigen Optimismus muss man sich verdienen: durch ein Bekenntnis zur individuellen Freiheit und zur Modernität. Zu einer politischen Kultur des Muts. Mut zu neuen Ideen und Konzepten, Mut für ein neues Reformprogramm für Deutschland.

Umso mehr werden wir Freie Demokraten uns in den kommenden Jahren positiv, konstruktiv und ohne Denkverbote in die Debatten einbringen, die unser Land jetzt braucht. Damit wir schon 2029 in einem wieder optimistischen Land mit einer starken, lebendigen politischen Mitte leben.

V. Erneuerung der Partei der Freiheit

Damit wir unser Land erneuern können, setzen wir auch bei uns selbst an – mit Mut zum Neuanfang.

Wir Freie Demokraten sind ein eigenständiges, ein drittes politisches Lager, außerhalb von rechts und links. Die FDP ist eine eigenständige und wertebasierte Partei der politischen Mitte. Wir haben seit unserer Gründung eigene Ideen, eigene Werte und eigene Konzepte – und geben eigenständige Antworten auf die relevanten Fragen der Zeit.

Es ist deshalb unsere Aufgabe, unsere Grundüberzeugungen immer wieder neu für die jeweils relevanten Fragen der Zeit zu übersetzen. Wir leben in Zeiten ganz neuer Herausforderungen – Rückkehr des Krieges nach Europa, Deglobalisierung und Handelskonflikte, demographische Alterung und Fachkräftemangel, soziale Medien, Künstliche Intelligenz, Polarisierung des politischen Systems auch in Deutschland. Vieles weitere könnte man anführen. Die Grammatik der Freiheit braucht nicht neu verfasst zu werden, doch sie verdient ein Update.

Mit dieser Aufgabe beginnen wir jetzt: Dreizehn Jahre nach den Karlsruher Freiheitsthesen werden wir ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten.

Aber dabei dürfen wir nicht stehenbleiben. Wir werden noch einen Schritt weitergehen und unsere liberalen Zielsetzungen und Überzeugungen in die konkrete Lebenswirklichkeit der Menschen übersetzen.

Bei uns geht es immer um die Einzelne und den Einzelnen, die etwas erreichen wollen – egal ob in der Familie, im Job oder im Verein. Wir müssen jedem die Frage beantworten können: Was bedeuten unsere liberalen Prinzipien für Dich? Was hat Freiheit mit Dir ganz persönlich zu tun? Deshalb werden wir unser neues Grundsatzprogramm unter der Überschrift „Freiheit konkret“ erarbeiten.

Für diesen Prozess werden wir Wege und Formate finden, wie sich auch Nicht-Mitglieder einbringen können, die sich der FDP verbunden fühlen. Denn wir brauchen die Ideen und Perspektiven aller liberal denkenden Menschen in diesem Land.

Aber nicht nur die inhaltlichen Positionen, auch die Strukturen der Partei und die Art und Weise, wie wir Politik machen, werden wir erneuern. Die Vorbereitung dieser Parteireform wird ein Mitglied des Präsidiums federführend vorantreiben. Doch wird die Erneuerung der Partei keine Ein-Frau- oder Ein-Mann-Aufgabe sein. Die FDP soll noch mehr als bisher ein lebendiger Debattenraum unter aktiver Beteiligung aller unserer Mitglieder sein. Das gilt für Parteireform und Grundsatzprogramm gleichermaßen.

Mut zum Neuanfang: Machen wir Freiheit wieder konkret. Öffnen wir politische Debatten und Prozesse. Erneuern wir die Partei der Freiheit!